

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität am 11.06.2026

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 22:00 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Adamek, Vorsitzender des Ausschusses Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität begrüßt die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste zur Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, beantragt Rederecht für Stadtrat Paul Nolte, Einbringer des Beschlusses 100517, und das Vorziehen dieses Tagesordnungspunktes auf 5.1 wegen dessen zeitlicher Bindung.

Herr Marahrens, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärt, es liege ein Änderungsantrag zu Tagesordnungspunkt 5.7 vor und beantragt hierfür Rederecht für Herrn Kaßner, **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion der F-B-F, führt aus, es gebe einen Änderungsantrag zu Tagesordnungspunkt 15 und beantragt hierfür Rederecht für Frau Richter, **Fraktion der F-B-F**. Zudem kündigt er an, dass zum nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt 7.1 zum Themenbereich Torhaus Frau Gratner und Herr Dr. Fischer eine Präsentation vorlegen würden

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, schlägt vor, zunächst über die beantragten Rederechte abzustimmen; die Änderungsanträge würden anschließend zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten behandelt.

Herr Adamek stellt die Anträge auf Rederecht für Herrn Nolte, Herrn Kastner und Frau Richter zur Abstimmung.

Abstimmung Herr Nolte: 06:00:01

Abstimmung Herr Kaßner: 06:00:01

Abstimmung Frau Richter: 06:00:01

Das Rederecht wird für Herrn Nolte, Herrn Kaßner und Frau Richter beschlossen.

Frau Lohde, Bürgermeisterin, erläutert, dass einzelne Punkte der Tagesordnung anzupassen seien. Punkt 6.3 müsse in die Nichtöffentlichkeit verschoben und dort unter Punkt 7.2 behandelt werden.

Abstimmung TOP 6.3 07:00:00

Abstimmungsergebnis: 07:00:00

3 Genehmigung der Niederschrift vom 30.04.2026

Herr Dr. Brozowski, Fraktion der F-B-F, führt aus, zu Punkt, Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, sei er offenbar so zitiert worden, als habe er kritisiert, dass die Flächenkulisse der BUGA noch nicht vorgelegt worden sei. Weiterhin merkt er an, dass unter Punkt 6.4 die Namen Herrn Kitzing und Herrn Petersen falsch wiedergegeben worden seien.

alt

Darüber hinaus sei den Fraktionen die Gebietskulisse der BUGA bislang nicht vorgelegt worden, sodass eine fachliche Diskussion und Beschlussfassung hierzu nicht möglich gewesen ist.

Neu

Er stellt klar, er habe vielmehr darauf hingewiesen, dass diese zwar vorgelegt worden sei, jedoch weder dezidiert diskutiert noch verabschiedet worden sei.

alt

Herr Kitzinger von der DVV führt mit einer Präsentation in die Beschlussvorlage ein.

Herr Kitzinger von der DVV beantwortet Fragen von Herrn Burkhardt Peterson vom Energietisch Dessau.

Neu

Herr Kitzing von der DVV beantwortet Fragen vom Vorstand des Energietisches Dessau-Roßlau.

Diese Änderung ist Teil der Niederschrift vom 30.04.2026

Abstimmung: 06:00:01

4 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragen sind wörtlich protokolliert.

Frage 1:

Wie erklären Sie das alles und wann soll das ganze Projekt Georgium zum Abschluss gebracht werden?

Der Mitteldeutschen Zeitung war zu entnehmen das weitere Baumaßnahmen am Georgium notwendig sind. Gerade waren 115 000 Euro in eine erneute Sanierung gesteckt worden und nun werden die nächsten 160 000 Euro fällig. Man will eine Decke rausreißen die man für viel Geld erst neu eingezogen hat. Ich gehe davon aus das wieder keiner verantwortlich ist und Schuld sowieso keiner hat. Wir leben in einer Zeit der Haushaltssperre können es uns aber dauerhaft leisten diesen Pfusch am Bau weiter zu finanzieren. Ein Ende ist nicht in Sicht. Das Georgium wurde frisch mit 18 Millionen Euro renoviert und als fertig im Dezember 2023 eröffnet. Nach nicht einmal 3 Jahren war es dann schon wieder wegen Baumaßnahmen Monate geschlossen. Wir haben für 18 Millionen renoviert und nach nicht mal 3 Jahren eine neue Dauerbaustelle. Für alles muss der Bürger bezahlen. Das kann unmöglich alles richtig sein. In der Zeitung stand das Georgium sei nach der 115 000 Euro Sanierung jetzt nicht mehr Substanzgefährdet. Ich nahm an das war mit den 18 Millionen erreicht worden. So wie es jetzt aussieht ist dieser Bau niemals fertig geworden, man spart sich nur die weiteren Novellierungen für diese Dauersanierung.

Frau Lohde, Bürgermeisterin, erklärt, sie konzentrierte sich auf Ursachen und den Projektabschluss. Sie hoffe auf eine Fertigstellung im laufenden Jahr, abhängig von verfügbaren Mitteln. Es handele sich nicht um das Einziehen einer Decke, sondern um die Beseitigung von Feuchtigkeit in der obersten Dachdecke. Dazu sei die alte Dämmung entfernt worden. Der jetzige Zustand könne wegen technischer Anlagen und der erforderlichen Begehrbarkeit nicht bestehen bleiben, weshalb weitere Mittel nötig seien. Die Maßnahmen gehörten zum laufenden Bauunterhalt. Sie bedauert die Situation, betont jedoch, dass so Schäden verhindert und der Betrieb der Gemäldegalerie gesichert wird. Eine klare Verantwortlichkeit für frühere Fehler sei wegen der Vielzahl der Beteiligten nicht feststellbar. Sie hoffe auf einen baldigen Abschluss.

Frage 2:

Hat man alle anderen günstigeren Möglichkeiten geprüft bei einer Investitionssumme von über 10

000 Euro pro Mitarbeiter? Klimaanlage für Mitarbeiter des Rathauses

Kann man nicht einfach Home-Office anbieten und die Plätze die frei werden umbesetzen? Oder auch der Ratssaal wird wegen der Sitzungspause während des Sommers nicht benötigt hier wären reichlich Plätze um zu arbeiten. Wenn man einzelne Gespräche führen muss gibt es Besprechungsräume. Einfach Zettel an die Tür oder Wegweiser bitte in Raum so und so melden, das ist schon jetzt Praxis. Ich gehe auch davon aus das diese Mitarbeiterzahlen nicht die ganze Zeit da sind. Es ist Urlaub da wird bestimmt auch von diesen Mitarbeitern jemand in den Urlaub fahren. Es sind bestimmt auch durch Urlaub Büros frei. Die Kommunalaufsicht hat uns aufgegeben Mitarbeiter einzusparen. Da werden ganz automatisch Büros frei. Auch gibt es freie Stellen im Rathaus, also auch freie Schreibtische. Mit Flexibilität lässt sich hier sehr viel Geld sparen ohne das die Mitarbeiter Nachteile erleiden.

Auch mobile Klimageräte, gibt es auch für Räume bis 50 m² die sind zu einem Bruchteil des Preises zu haben. Oder Automatische Schließvorrichtungen für die

Fenster, sowas lasst sich heute digital steuern. Dann kann man damit in den frühen Morgenstunden lüften.

Frau Lohde, Bürgermeisterin, führt aus, in bestimmten Gebäudeteilen entstehe eine hohe Wärmelast, da die Wärme nicht nur über Fenster, sondern stark über das Dach eindringe. Die betroffenen Büros seien dauerhaft genutzt, weshalb eine flexible Umnutzung nicht ohne Weiteres möglich sei. Die Entscheidung über Lüftungs- oder Klimatisierungsanlagen liegt beim Stadtrat beziehungsweise beim Bauausschuss.

Herr Diederich, Fraktion der AfD, ergänzt, dass die Arbeitsstättenverordnung verbindliche Vorgaben, an denen sich die Stadt orientieren müsse, enthält.

Frage 3:

Was will man hier zeitnah tun um diese Situation schnell zu verbessern?

Wenn man im Moment über die Jagdbrücke Dessau erreicht kommt man am Landhaus vorbei. Ich weiß das die Stadt dieses Mal verkauft hat. Es geht hier um Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität. Das Landhaus sieht mit der Weile wie ein Müllplatz aus. Das ist das erste was der Tourist sieht, wenn er über den Radweg kommt. Eines dieser Aushängeschilder von Dessau und der erste Eindruck. Wir wollen viele Touristen zur Buga anlocken davon werden bestimmt auch etliche mit dem Rad dort entlangfahren. Deshalb ist es jetzt an der Zeit hier Konzepte und Lösungen zu entwickeln um hier etwas Besseres zu schaffen. Ich persönlich habe damals das Landhaus 2002 mit eröffnet und weiß das dort Gastronomie sehr gut geht.

Frau Lohde, Bürgermeisterin, antwortet, dass dieses Objekt sich im Privateigentum befindet, dazu kann die Verwaltung keine weiteren Aussagen tätigen.

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, führt aus, dass erneut ein Anliegen zum Tierheim vorliege.

Frau Lohde, Bürgermeisterin, erklärt, die entsprechende Anfrage liegt vor und ist bereits durch die Verwaltung beantwortet worden.

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender stellt fest, dass keine weiteren Bürgeranfragen vorliegen.

5 Beschlussfassungen

5.1 Vorschlag zur Erhöhung der Anzahl der Papierkörbe in Meinsdorf Vorlage: BV/011/2026/OR Mein

Nach Einführung und Diskussion bittet **Herr Adamek, Ausschussvorsitzender**, um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: 05:01:01

5.2 Vorschlag zur Beantragung von Fördermitteln für Geschwindigkeitsanzeigetafeln an Schul- und Kitawegen **Vorlage: BV/012/2026/OR Mein**

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, stellt den Änderungsantrag zur Beantragung von Fördermitteln für Geschwindigkeitsanzeigetafeln an Schul- und Kitawegen vor. Die Beschlussvorlage soll auf **das gesamte Stadtgebiet** ausgeweitet werden.

Abstimmung Änderungsantrag: 8:00:00

Er spricht sich für feste Installationen an Schulen und Bushaltestellen aus und verweist auf frühere Debatten. Sponsoring durch örtliche Unternehmen sei möglich. Er regt an, die Zahl geeigneter Standorte zu ermitteln.

Herr Marahrens, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, regt den Einsatz mobiler Anlagen an, da zahlreiche sensible Bereiche bestünden. Er erkundigt sich nach der Zahl vorhandener Tafeln.

Frau Lohde, Bürgermeisterin, sichert zu, diese Information nachzureichen.

Herr Marahrens, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet um eine Einschätzung zu Gewöhnungseffekten und mobilen Floating-Systemen.

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, hält fest, dass Standortzahlen sowie Informationen zu Floating-Systemen nachgereicht werden. Er betont, dass weiterhin zwei digitale Anzeigen angeschafft würden und die Fördermittelprüfung stadtweit erfolgen soll.

Aufgaben:

- Prüfung der Floating-Anlagen durch Herrn Dämmrich
- Überprüfung der Anzahl der vorhandenen Anlagen durch Herrn Dähne
- Prüfung und Beantragung der Eignung der Fördermittel für Geschwindigkeitsanzeigen an Schulen und Kitas im Stadtgebiet Dessau-Roßlau durch Herrn Dähne

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

5.3 Neufassung der Marktsatzung **Vorlage: BV/017/2026/V-32**

Nach Einführung und Diskussion bittet **Herr Adamek, Ausschussvorsitzender**, um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

5.4 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Dessau-Roßlau 2040 (INSEK 2040) - Offenlagebeschluss zur Entwurfsfassung
Vorlage: BV/087/2026/I-61

Nach Einführung und Diskussion bittet **Herr Adamek, Ausschussvorsitzender**, um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

5.5 Maßnahmebeschluss – Instandsetzung/Erneuerung der RWA-Anlagen im Anhaltischen Berufsschulzentrum „Hugo Junkers“, Junkersstraße 30, 06847 Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/099/2026/III-65

Nach Einführung und Diskussion bittet **Herr Adamek, Ausschussvorsitzender**, um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

5.6 Maßnahmebeschluss – Klimatisierung von Büroräumen im Rathaus Dessau Neubau, Zerbster Straße 4, 06844 Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/104/2026/III-65

Herr Kraft, SB Hochbau, berichtet, dass in der fünften Etage des Rathauses drei Bürokomplexe in den Sommermonaten wiederholt Temperaturen über 26 Grad Celsius ausgesetzt seien, die Vorgaben der Arbeitsstättenrichtlinie somit nicht eingehalten werden. Messungen im Juli und August 2024 hätten dies bestätigt. Aufgrund fehlender Belüftungs- und Auskühlungsmöglichkeiten werde die Klimatisierung durch Multisplit-Klimageräte erwogen.

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, ergänzt, dass die räumliche Situation wegen eines abfallenden Daches und fehlender Querlüftung besonders ungünstig sei.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion der F-B-F, führt aus, dass Multisplit-Anlagen üblicherweise mit dem klimaschädlichen Kältemittel R32 betrieben werden, dessen Nutzung künftig stärker reglementiert werde. Er stellt die langfristige Verfügbarkeit des Kältemittels infrage und regt an zu prüfen, ob ein mit Propan betriebener Kaltwassersatz als klimafreundlichere Alternative in Betracht komme. Zudem bittet er um Erläuterung der angesetzten 420 Betriebsstunden, die ihm zu niedrig erschienen.

Herr Kraft, SB Hochbau, erklärt, dass die 420 Stunden auf der Annahme beruhten, dass die Anlagen in den Sommermonaten an fünf Tagen pro Woche jeweils acht Stunden liefen, jedoch nicht durchgehend bei unbesetzten Büros. Die Zahl ist eher nach unten zu korrigieren.

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, hält die genaue Stundenzahl für nicht entscheidungsrelevant.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion der F-B-F, wiederholt seine Bitte, vor einer Beschlussfassung die Variante eines Kaltwassersatzes zu prüfen.

Herr Kraft sagt zu, dies an den Planer heranzutragen und prüfen zu lassen.

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, stellt fest, dass eine Umsetzung vor dem Sommer nicht mehr realistisch sei, der Beschluss jedoch erforderlich bleibe. Die Prüfung der Alternative solle bis zur Stadtratssitzung am 01.07.2026. erfolgen, ohne den aktuellen Beschluss zu verschieben.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion der F-B-F, stimmt dem Vorgehen zu.

Abstimmungsergebnis: 03:00:05

5.7 Beschluss zur Sanierung der Anhalt Arena **Vorlage: BV/244/2025/III-65**

Herr Metzger, Sachbearbeiter Hochbau, erläutert, dass seit etwa 20 Jahren Wassereintritte über das Dach der Anhalt-Arena auftreten und zwei Varianten geprüft wurden: Variante A (Vollsanierung, ca. 4,5 Mio. Euro) und Variante B (Teilsanierung, ca. 1,66 Mio. Euro) sowie ein potenzieller Ersatzneubau. Variante A umfasse die umfassende Erneuerung verschiedener Dachbereiche, Entwässerung, Flachdächer, Glasdächer und energetische Maßnahmen. Variante B beschränke sich auf Schadstellenbeseitigung und verzichte auf umfangreiche Erneuerungen.

Änderungsantrag

Herr Diederling, Fraktion der AfD, schlägt vor, Variante B zu wählen, da sie die Nutzbarkeit für etwa zehn Jahre sichere und geringere Kosten verursache. Zugleich solle eine Machbarkeitsstudie für einen Ersatzneubau bis spätestens 2027 erstellt und ein langfristiges Investitions- und Finanzierungskonzept vorgelegt werden.

Herr Kaßner, Bündnis 90/Die Grünen, erläutert **einen Änderungsantrag** seiner Fraktion, wonach die tatsächlichen Gesamtkosten der Vollsanierung höher liegen dürften, da weitere Bauteile mittelfristig saniert werden müssten. Die Arena würde nach einer Sanierung nur knapp den Anforderungen der 2. Handball-Bundesliga entsprechen. Er verweist auf Kostenschätzungen moderner Arenen, schlägt einen Standort am Junkerswerk vor und hält einen Neubau langfristig für wirtschaftlicher. Eine Machbarkeitsstudie solle zeitnah erfolgen und relevante Akteure einbeziehen.

Herr Diederling, Fraktion der AfD, betont erneut die zeitliche Sicherung der Halle durch **Variante B** und die Wirtschaftlichkeit eines Neubaus bei möglicher Förderung.

Frau Lohde, Bürgermeisterin, weist auf begrenzte Förderchancen hin und die Notwendigkeit, Mittel für eine Studie im Haushalt zu veranschlagen. Sie betont eine vorgelagerte Bedarfsanalyse. Die Kosten einer Studie werden mit 150.000–250.000 Euro angegeben. Sie schlägt vor, zunächst die kleinere Sanierungsvariante umzusetzen und die Studie nachzulagern.

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, stellt klar, dass beide Änderungsanträge im Kern übereinstimmen und sich auf Variante B sowie eine Machbarkeitsstudie beziehen.

Daraufhin wird ein **zusammengeführter Änderungsantrag formuliert**:

Variante B bleibt Grundlage; zusätzlich sollen die Kosten einer Machbarkeitsstudie im Haushalt 2027 berücksichtigt werden. Die Studie soll einen möglichen Neubau einer Multifunktionsarena einschließlich Standortprüfung, Bedarfsabstimmung mit Nutzern sowie Nachnutzungsperspektiven für den bestehenden Standort umfassen.

Frau Lohde, Bürgermeisterin, weist auf Risiken der Vollsanieung hin, insbesondere unklare Gebäudelasten, mögliche Mehrkosten und die notwendige Ausweichlösung für den Handballverein. Sie betont, dass selbst bei deutlich steigenden Sanierungskosten ein Neubau realistisch erscheinen könne und Machbarkeitsstudien frühzeitig budgetiert werden müssten.

Abstimmung geänderte Beschlussvorlage: 07:00:01

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck hat darum gebeten, die Änderung in jedem Ausschuss einzubringen und zur Abstimmung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 07:00:01

5.8 Beschluss der Strategie zur Fortschreibung des aktuellen Nahverkehrsplanes Vorlage: BV/089/2026/III-66

Herr Dämmrich, stellvertretender Leiter des Tiefbauamtes, erläutert, dass der Nahverkehrsplan im Rahmen eines Fünfjahresplans fortgeschrieben wird, wobei insbesondere die Instandhaltung der Straßenbahn berücksichtigt werde. Eine kürzlich erteilte Trassengenehmigung mit einem Investitionsvolumen von 60.000.000 Euro müsse in die strategische Planung einfließen. Das Strategiepapier solle bis 2031 gelten, ebenso wie der aktuelle Vertrag der Stadtwerke, weshalb innerhalb der kommenden fünf Jahre eine neue Vergabe vorbereitet werden müsse.

Frau Drigert, SB im Tiefbauamt, bestätigt die Funktion des Nahverkehrsplans als Grundlage für die Ausschreibung der Verkehrsdienstleistungen. Das Strategiepapier legt die zukünftige Entwicklungsrichtung fest und umfasse auch den Netzausbau. Finanzielle Rahmenbedingungen müssten mitgedacht werden, ebenso die Auswirkungen der Netzplanungen, unter anderem im Hinblick auf die BUGA. Sie

verweist auf die rückläufige Bevölkerungszahl sowie auf die gestiegenen Verluste der DVG, die dem bundesweiten Trend steigender ÖPNV-Kosten entsprechen.

Herr Dämmrich, stellvertretender Leiter des Tiefbauamtes, betont, dass heute lediglich die Weiterführung der Erarbeitung des Nahverkehrsplans auf Grundlage des Strategiepapiers beschlossen wird. Hinweise und Stellungnahmen würden im weiteren Verfahren berücksichtigt; der finalisierte Plan werde später beschlossen.

Frau Drigert, SB im Tiefbauamt, ergänzt, dass nach Vorlage des Entwurfs eine politische Beratung und Öffentlichkeitsbeteiligung erfolge. Der Plan legt fest, welche Leistungen sich die Stadt leisten wolle oder könne.

Herr Marahrens, Fraktion Bündnis90/ Die GRÜNEN, stellt auch hier im Bauausschuss einen Änderungsantrag, wie im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus. Er kritisiert, dass die Änderung noch nicht in die BV eingepflegt ist.

Änderungsantrag zum „Strategiepapier: Mobilitätsstrategie 2026 ein:

Der Stadtrat möge beschließen, dass Punkt 5 „Effiziente Schülerbeförderung“ wie folgt ergänzt wird:

„Darüber hinaus soll geprüft werden, unter welchen Bedingungen eine kostenlose Schülerbeförderung möglich ist.“

Begründung: Im Winter 2021/2022 fand ein entsprechendes Pilotprojekt statt. Auf Grund der Corona-Pandemie waren aus unserer Sicht die Ergebnisse, die nie transparent präsentiert wurden, nicht aussagekräftig.

Da der Schüler/innenverkehr überwiegend durch den bestehenden Linienverkehr abgedeckt werden soll, ist nicht mit erheblichen Mehrkosten zu rechnen.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion der F-B-F, hinterfragt, wie Anmerkungen aus den Ausschüssen eingearbeitet werden, wenn das Strategiepapier unverändert beschlossen werde, und wie der Änderungsantrag zum kostenfreien Schülerverkehr Berücksichtigung finde.

Herr Marahrens, Fraktion Bündnis90/ Die GRÜNEN, erklärt, dass es sich um Ergänzungen handle, die bereits im Wirtschaftsausschuss beschlossen worden seien.

Frau Drigert, SB im Tiefbauamt, stellt klar, dass der kostenfreie Schülerverkehr bereits in die Erarbeitung des Nahverkehrsplans einfließe.

Herr Diederling, Fraktion der AfD, fordert, die im Ausschuss benannten Aspekte ausdrücklich im Strategiedokument zu verankern.

Frau Drigert, SB im Tiefbauamt, bestätigt erneut, dass der kostenfreie Schülerverkehr als Arbeitsauftrag vorliegt.

22.09.2026

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag: 08:00:00

Abstimmungsergebnis: 06:00:02

**5.9 Ausbau Triftweg und Straße Industriehafen in Roßlau -
 Maßnahmebeschluss
 Vorlage: BV/096/2026/III-66**

Nach Einführung und Diskussion bittet **Herr Adamek, Ausschussvorsitzender**, um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Es sind jetzt **7 stimmberechtigte** Mitglieder.

Abstimmungsergebnis: 07:00:00

**5.10 Neufassung der Satzung für den Beirat zur Erhaltung und Förderung
 des Kleingartenwesens in der Stadt Dessau-Roßlau
 (Kleingartenbeirat)
 Vorlage: BV/097/2026/III-66**

Die Fraktion Freies-Bürger-Forum stellt den folgenden Änderungsantrag.

Änderungsantrag der F-B-F

Freie-Bürger-Forum

Änderungsantrag zur BV/97/2026/III-66

Wir beantragen, den Satzungsentwurf wie folgt zu ändern:

§ 1 Absatz 2, Satz 2

Satz 2 soll um die Wörter „Vorschläge und" ergänzt werden. Damit lautet der Satz:
„... Seine **Vorschläge und** Stellungnahmen haben empfehlenden Charakter."

§ 3 Absatz 2, Satz 2

Ergänzung von Satz 2 um die vorschlagende Instanz. Damit lautet der Satz:
„Die den Stadtverband ... sowie die jeweils einen Kleingartenverein ... vertretenden Mitglieder werden **von vorgeschlagen** und durch den Oberbürgermeister in ihr Amt berufen"

.

§ 6, Absatz 2

Satz 2 soll ergänzt werden durch die Wörter „oder ein Amts- oder Betriebsleiter". Damit lautet der Satz:

„Der Vorsitzende hat den Kleingartenbeirat unverzüglich einzuberufen, wenn mindestens fünf Mitglieder **oder ein Amts- oder Betriebsleiter** dies beantragen."

Neuen Paragraphen „Berichtspflicht" einfügen

In einem neu aufzunehmenden Paragraphen „Berichtspflichten“ soll eine regelmäßige Berichterstattung im Bau-Ausschuss vorgesehen werden. Die Regelung soll wie folgt lauten:

„Ein Mitglied des Kleingartenbeirates berichtet dem für Stadtentwicklung zuständigen Ausschuss jährlich über die Aktivitäten des Beirates, insbesondere zur Umsetzung des Kleingartenkonzeptes von 2018 (BV/351/2018/1II-61).“

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag: 05:00:02

Abstimmungsergebnis: 05:00:02

**5.11 Bau von Haltestelleneinrichtungen 2026 in der Stadt Dessau-Roßlau
Maßnahmebeschluss
Vorlage: BV/098/2026/III-66**

Nach Einführung und Diskussion bittet **Herr Adamek, Ausschussvorsitzender**, um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: 07:00:00

**5.12 Erneuerung Gehweg Elballee Westseite in Dessau –
Maßnahmebeschluss und Genehmigung einer außerplanmäßigen
Verpflichtungsermächtigung
Vorlage: BV/102/2026/III-66**

Nach Einführung und Diskussion bittet **Herr Adamek, Ausschussvorsitzender**, um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: 07:00:00

**5.13 2. Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung und den
Anschluss an die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen der
Stadt Dessau-Roßlau (Abwassersatzung) sowie Änderung der
Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte
der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH (ABE) vom 01.08.2026
Vorlage: BV/103/2026/III-66**

Nach Einführung und Diskussion bittet **Herr Adamek, Ausschussvorsitzender**, um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: 06:00:01

**5.14 Junkers Denkmal „Ikarus“ – Versetzung auf das Rondell am
Stadteingang Ost
Vorlage: FV/003/2026/CDU**

Nach Einführung und Diskussion bittet **Herr Adamek, Ausschussvorsitzender**, um
Abstimmung der Beschlussvorlage.
Die Fraktionsvorlage wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 01:04:02

**5.15 Umsetzung der Rundbogenhalle auf das Gelände des
Technikmuseums „Hugo Junkers“
Vorlage: FV/007/2026/SPD**

Nach Einführung und Diskussion bittet **Herr Adamek, Ausschussvorsitzender**, um
Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: 06:00:01

**5.16 Bereitstellung von Finanzmitteln für den Förderverein
Technikmuseum „Hugo Junkers“ Dessau e. V. zur Umsetzung der
Rundbogenhalle
Vorlage: FV/001/2026/ABV**

Nach Einführung und Diskussion bittet **Herr Adamek, Ausschussvorsitzender**, um
Abstimmung der Beschlussvorlage.

Die Fraktionsvorlage wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 00:04:03

**5.17 Änderung der Tagesordnung - Informationen zur BUGA
Vorlage: FV/006/2026/**

Nach Einführung und Diskussion bittet **Herr Adamek, Ausschussvorsitzender**, um
Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: 05:00:02

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Informationen zur BUGA

rau Dr. Lott, Referatsleiterin Stadtgrün, berichtet von der dritten
Innovationswerkstatt „Kommunikation“. Sie beschreibt den Ablauf mit einem
veränderten Erkundungsspaziergang, der neue Arbeitsprozesse ausgelöst habe, und

verweist auf abrufbare Vorträge sowie Beiträge der Referentinnen und Referenten mit Bezügen zu Dessau und früheren Projekten. Sie erläutert, dass am zweiten Tag eine Ergebnispräsentation erfolgt sei, die gute Resonanz gefunden habe. Bürgerinnen und Bürger hätten ihre Beiträge weiterentwickelt. Genannt werden thematische Gruppen zum Beteiligungskonzept, zur Klärung institutioneller Rollen zwischen BUGA Stadt, BUGA gGmbH und BUGA Club sowie zum Bezug der BUGA zum persönlichen Umfeld der Bevölkerung. Weiter führt sie die Idee eines BUGA-Bauwagens als mobilen Botschafter an. Sie berichtet von Vorschlägen der Arbeitsgruppen, darunter zwei ikonische BUGA-Anlaufstellen in Dessau und Roßlau, ein Verfügungsfonds für bürgerschaftliche Projekte und ein stadtweites BUGA-Schulfestival. Interventionen im Stadtraum, insbesondere am Vor-Ort-Haus, hätten positive Resonanz erfahren.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion der F-B-F, lobt die Werkstatt und fragt nach der zukünftigen Einbindung der Stadträtinnen und Stadträte in die BUGA-Wettbewerbe.

Frau Dr. Lott, Referatsleiterin Stadtgrün, verweist auf den dargestellten Fortgang der Realisierungswerkstätten. Ein wettbewerbsführendes Büro solle ausgeschrieben werden und Anfang 2027 Aufgabenstellungen für die Schwerpunktbereiche entwickeln. Die Beschränkung auf den Innenstadtbereich ergebe sich aus der Städtebauförderung. Die Einbindung der Stadträtinnen und Stadträte solle ähnlich wie in den bisherigen Werkstätten erfolgen. Die EU-weite Ausschreibung benötige etwa fünf Monate.

Frau Lohde, Bürgermeisterin, ergänzt, dass die Schwerpunktbereiche Askanische Straße und Friederikenplatz parallel ausgeschrieben werden.

Frau Dr. Lott, Referatsleiterin Stadtgrün, konkretisiert das Wettbewerbsgebiet, das sämtliche Flächen der Machbarkeitsstudie im Innenstadtbereich umfasse, ausgenommen bereits realisierte Bereiche wie Muldufer und Mühleninsel. Die Askanische Straße wird vollständig bis zum August-Bebel-Platz einbezogen.

Herr Marahrens, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erkundigt sich nach der Aufgabenstellung für die Fugen- und Realisierungswettbewerbe.

Frau Dr. Lott, Referatsleiterin Stadtgrün, erläutert, dass insbesondere die Askanische Straße und der Anschluss Steinstraße berücksichtigt würden, ergänzt um Bereiche wie August-Bebel-Platz, Schlossplatz, Stadtpark, Muldufer und die Fortsetzung der Kavalleriestraße. Auf Nachfrage erklärt sie, dass Mendelssohnstraße und Schillerpark nicht im Wettbewerbsgebiet liegen, jedoch später ein weiteres Verfahren zur Vernetzung mit Friedrichsgarten und Dessau-Nord möglich sei. Sie beschreibt den zweiphasigen Wettbewerb: Auswahl der Teilnehmenden im Jahr 2027, Vorplanung und Entscheidung im ersten Halbjahr 2028.

6.2 Stand Prüfaufträge zum HH 2026

Herr Fackiner, Persönlicher Referent der Bürgermeisterin, erläutert, es gehe um die grundsätzliche Handhabung der im Rahmen der Haushaltsverhandlungen eingebrachten Prüfaufträge. Zahlreiche dieser Aufträge seien formuliert und behandelt worden, jedoch weder finanziell beschlossen noch inhaltlich abgelehnt. Die Verwaltung habe lediglich den Auftrag erhalten zu prüfen, in welcher Form eine Umsetzung möglich sei. Dies führe teils zu der Erwartung, die Verwaltung würde Inhalte bereits umsetzen oder vorbereiten. In einigen Fällen sei eine Bearbeitung erfolgt, in anderen fehle es dafür an Ressourcen und an Mitteln für weitergehende Prüfungen oder Machbarkeitsuntersuchungen. Die nun vorgelegte Übersicht solle aus Verwaltungssicht die Verantwortung für nicht umgesetzte Anliegen an die Antragsteller zurückgeben. Diese müssten entscheiden, ob sie Anträge für den laufenden Haushalt stellen, Anpassungen für kommende Beratungen vornehmen oder die Anliegen als erledigt betrachten. Mit der Übersicht bestehe nun Klarheit über den Bearbeitungsstand.

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, stellt fest, dass die Unterlagen erst kurzfristig eingegangen seien und einer eingehenden Prüfung bedürften. Er schlägt vor, die Thematik im September erneut zu beraten, damit die Fraktionen beziehungsweise Antragsteller auf Grundlage der Prüfergebnisse über mögliche Anträge entscheiden können.

6.3 Städtebaulicher Missstand in Kochstedt-Entwicklung der Fläche Semmelweisstraße

Frau Ellenberger führt aus, dass das Ziel ihrer Darstellung sei, anhand dieses Falles die bestehenden Handlungsmöglichkeiten sowie die damit verbundenen Risiken für die Stadt Dessau-Roßlau darzustellen. Sie berichtet, die Fragestellung umfasse die Eigentumsverhältnisse, die Frage nach herrenlosen Vermögensgegenständen, die ordnungs- und planungsrechtlichen Eingriffsmöglichkeiten, die Voraussetzungen und Erfolgsaussichten eines möglichen Enteignungsverfahrens sowie eine Bewertung der wirtschaftlichen und rechtlichen Risiken für die Stadt im Falle eines Tätigwerdens. Zudem verweist sie auf die Frage, ob alternative Vorgehensweisen jenseits klassischer Enteignungsverfahren bestehen könnten.

6.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Bürgermeisterin Lohde berichtet, dass sich der Auftragswert für die Beleuchtung der Marienkirche auf 219.000 Euro erhöht hat und den ursprünglichen Kostenanschlag um 25 Prozent überschreitet. Sie verweist auf den beschlossenen Beschluss, der die Beleuchtung, Heizung und Lüftungsanlage umfasse.

Frau Lohde, Bürgermeisterin, berichtet, dass die Kosten für den Anbau eines Aufzugs beim Bauvorhaben Hort-Zauberburg weiterhin ein zentrales Thema darstellten und sich die Verwaltung daher erneut schriftlich an den Ministerpräsidenten gewandt habe. Sie weist darauf hin, dass der Gesetzgeber zwar Erleichterungen im Baurecht anstrebe, diese jedoch regelmäßig mit

Fördermittelbestimmungen konkurrierten. Weiter erläutert sie, dass das Schreiben an den Ministerpräsidenten darauf abziele, einen Ermessensspielraum zu eröffnen.

Herr Marahrens, Fraktion Bündnis90/Die Grünen, berichtet, er sei am Vortag mit einer Fahrradgruppe durch den hinteren Tiergarten gefahren. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass dort derzeit etwa 5 bis 10 alte Eichen unmittelbar am Mulderadweg stehen, die inzwischen kahl gefressen sind. Weiter führt er aus, sowohl die Stämme als auch die gesamten Astbereiche seien mit Eichenprozessionsspinnern, befallen.

Herr Marahrens fragt zunächst an, weshalb keinerlei Hinweisschilder für Fahrradtouristen aufgestellt seien, obwohl dort eine Durchfahrt erfolge, und regt an, dies nachzuholen. Darüber hinaus erkundigt er sich, ob Mittel dafür vorgesehen seien, Bäume abzusaugen. .

Frau Lohde, Bürgermeisterin, antwortet, dass die Nester hierfür jedoch eine gewisse Größe erreicht haben müssten, da andernfalls die Larven beziehungsweise Tiere fortlaufend nachwüchsen bevor es abgesaugt werde. Zudem weist sie darauf hin, dass Vorkommen jederzeit gemeldet werden könnten und hierfür auch ein „eps Melder“ zur Verfügung stehe. Dieses Verfahren funktioniere sehr gut; außerdem sei der Vorgang dadurch unmittelbar digitalisiert, sodass die zuständigen Kollegen sofort wüssten, wie der Fundort verortet sei. Auf die Nachfrage von Herrn Marahrens, ob es sich hierbei um das normale Meldeportal der Stadt oder um ein gesondertes Verfahren handle, erklärt Frau Lohde, dies erfolge über die Internetseite und werde insbesondere von den Ortschaften rege genutzt.

Umzug Technisches Rathaus

Frau Lohde, Bürgermeisterin, gibt im Hinblick auf das Konzept für einen Umzug des Technischen Rathauses in die Innenstadt einen Überblick zum Arbeitsstand. Für den möglichen Standort Lange Gasse liegt eine Machbarkeitsstudie mit Varianten vor, Masterarbeiten zum Dessau-Center mit möglicher schulischer Nutzung und Unterbringung der Verwaltung ebenso. Sie beabsichtigt, mit der Kavalierstraße 74 bis 84 einen weiteren Standort zu prüfen. Eine Unterbringung dort könne einen städtebaulichen Missstand beheben und den erheblichen Leerstand in der Innenstadt verringern, wodurch eine Belebung des Umfeldes erreicht werden könne. Frau Lohde sieht in der Studie zur Kavalierstraße 74 bis 84 und den genannten Untersuchungen zur Langen Gasse und zum Dessau-Center die Basis für einen Standortvergleich mit den jeweiligen baulichen Möglichkeiten und Kosten. In diesen Vergleich wird auch der derzeitige Standort in Roßlau einbezogen, um anschließend eine vergleichende Abwägung treffen zu können. Sie führt aus, dass sie dem Vorhaben Umzug insgesamt, angesichts der finanziellen Gesamtsituation, derzeit zurückhaltend gegenüberstehe.

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, erklärt, aus seiner Sicht sei maßgeblich, dass zunächst ein Plan für die Nachnutzung des Standorts in Roßlau vorliegen

muss. Er erinnert daran, dass dies bereits vor Jahren im Zusammenhang mit den damaligen Beratungen thematisiert worden sei und man schon damals festgehalten habe, dass eine Nachnutzung erforderlich ist. Solange eine solche Nachnutzung nicht geklärt sei, brauche nach seiner Auffassung über einen Umzug nicht nachgedacht zu werden, weil es sinnlos wäre, eine Immobilie zu übernehmen, die zusätzliche Kosten verursacht, während zugleich bereits eine eigene Immobilie vorhanden ist.

Frau Bürgermeisterin Lohde berichtet, dass sich der Auftragswert für die Beleuchtung der Marienkirche auf 219.000 Euro erhöht hat und den ursprünglichen Kostenanschlag um 25 Prozent überschreitet. Sie verweist auf den beschlossenen Beschluss, der die Beleuchtung, Heizung und Lüftungsanlage umfasse.

Frau Lohde, Bürgermeisterin, berichtet, dass die Kosten für den Anbau eines Aufzugs beim Bauvorhaben Hort-Zauberburg weiterhin ein zentrales Thema darstellten und sich die Verwaltung daher erneut schriftlich an den Ministerpräsidenten gewandt habe. Sie weist darauf hin, dass der Gesetzgeber zwar Erleichterungen im Baurecht anstrebe, diese jedoch regelmäßig mit Fördermittelbestimmungen konkurrierten. Weiter erläutert sie, dass das Schreiben an den Ministerpräsidenten darauf abziele, einen Ermessensspielraum zu eröffnen.

Herr Marahrens, Fraktion Bündnis90/Die Grünen, berichtet, er sei am Vortag mit einer Fahrradgruppe durch den hinteren Tiergarten gefahren. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass dort derzeit etwa 5 bis 10 alte Eichen unmittelbar am Mulderadweg stehen, die inzwischen kahl gefressen sind. Weiter führt er aus, sowohl die Stämme als auch die gesamten Astbereiche seien mit Eichenprozessionsspinnern befallen.

Herr Marahrens fragt zunächst an, weshalb keinerlei Hinweisschilder für Fahrradtouristen aufgestellt seien, obwohl dort eine Durchfahrt erfolge, und regt an, dies nachzuholen. Darüber hinaus erkundigt er sich, ob Mittel dafür vorgesehen seien, Bäume abzusaugen. .

Frau Lohde, Bürgermeisterin, antwortet, dass die Nester hierfür jedoch eine gewisse Größe erreicht haben müssten, da andernfalls die Larven beziehungsweise Tiere fortlaufend nachwüchsen bevor es abgesaugt werde. Zudem weist sie darauf hin, dass Vorkommen jederzeit gemeldet werden könnten und hierfür auch ein „eps Melder“ zur Verfügung stehe. Dieses Verfahren funktioniere sehr gut; außerdem sei der Vorgang dadurch unmittelbar digitalisiert, sodass die zuständigen Kollegen sofort wüssten, wie der Fundort verortet sei. Auf die Nachfrage von Herrn Marahrens, ob es sich hierbei um das normale Meldeportal der Stadt oder um ein gesondertes Verfahren handele, erklärt Frau Lohde, dies erfolge über die Internetseite und werde insbesondere von den Ortschaften rege genutzt.

Umzug Technisches Rathaus

Frau Lohde, Bürgermeisterin, gibt im Hinblick auf das Konzept für einen Umzug des Technischen Rathauses in die Innenstadt einen Überblick zum Arbeitsstand. Für den möglichen Standort Lange Gasse liegt eine Machbarkeitsstudie mit Varianten vor, Masterarbeiten zum Dessau-Center mit möglicher schulischer Nutzung und Unterbringung der Verwaltung ebenso. Sie beabsichtigt, mit der Kavallerstraße 74 bis 84 einen weiteren Standort zu prüfen. Eine Unterbringung dort könne einen städtebaulichen Missstand beheben und den erheblichen Leerstand in der Innenstadt verringern, wodurch eine Belebung des Umfeldes erreicht werden könne. Frau Lohde sieht in der Studie zur Kavallerstraße 74 bis 84 und den genannten Untersuchungen zur Langen Gasse und zum Dessau-Center die Basis für einen Standortvergleich mit den jeweiligen baulichen Möglichkeiten und Kosten. In diesen Vergleich wird auch der derzeitige Standort in Roßlau einbezogen, um anschließend eine vergleichende Abwägung treffen zu können. Sie führt aus, dass sie dem Vorhaben Umzug insgesamt, angesichts der finanziellen Gesamtsituation, derzeit zurückhaltend gegenüberstehe.

Herr Adamek, Ausschussvorsitzender, erklärt, aus seiner Sicht sei maßgeblich, dass zunächst ein Plan für die Nachnutzung des Standorts in Roßlau vorliegen muss. Er erinnert daran, dass dies bereits vor Jahren im Zusammenhang mit den damaligen Beratungen thematisiert worden sei und man schon damals festgehalten habe, dass eine Nachnutzung erforderlich ist. Solange eine solche Nachnutzung nicht geklärt sei, brauche nach seiner Auffassung über einen Umzug nicht nachgedacht zu werden, weil es sinnlos wäre, eine Immobilie zu übernehmen, die zusätzliche Kosten verursacht, während zugleich bereits eine eigene Immobilie vorhanden ist.

Schließung der Sitzung

9

Dessau-Roßlau, 22.09.26

Eiko Adamek
Vorsitzender Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen,
Stadtgrün und Mobilität

Ramona Koch
Schriftführer